

Politik

Merkel will Klimagesetz

20 Maßnahmen geplant / SPD attackiert Minister Glos

Jörg Michel

BERLIN. Die Bundesregierung will mit einem umfassenden Klimaschutzgesetz den Ausstoß von Treibhausgasen reduzieren. Das Gesetz solle rund 20 Einzelmaßnahmen enthalten und bis zum Herbst von Kanzleramt, Wirtschaftsministerium und Umweltressort erarbeitet werden, hieß es am Sonntag in Regierungskreisen. Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte wenige Tage vor dem Energiegipfel von Regierung und Wirtschaft in Berlin, es müsse alles daran gesetzt werden, Energie zu sparen und Kohlendioxid-freie Träger zu unterstützen. Nach dem Streit in der letzten Woche rief sie die Gipfel-Teilnehmer zu einer konstruktiven Debatte auf.

Mehr Energiesparlampen

Zu den geplanten Maßnahmen gehören laut Merkel unter anderem die Förderung der Gebäudesanierung, eine nach Schadstoffausstoß gestaffelte Kfz-Steuer, Vorschriften zur Reduktion des Schadstoff-Ausstoßes im Verkehr, Programme zum Ausbau erneuerbarer Energien sowie Vorschriften zum Energiesparen in Haushalten, etwa durch energiesparende Haushaltsgeräte und Energiesparlampen. Außerdem will die Kanzlerin Kraftwerke fördern, die zugleich Strom und Wärme produzieren. Diese so genannte Kraft-Wärme-Kopplung gilt unter Fachleuten als eine der effizientesten Formen der Energieerzeugung. Im Vergleich zur getrennten Produktion lässt sich damit die Energieeffizienz um rund ein Drittel steigern. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil dieser Kraftwerke an der Stromerzeugung bis 2020 auf 25 Prozent zu verdoppeln.

Die SPD übte in diesem Zusammenhang heftige Kritik an Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU), der für den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung zuständig ist. Der Minister habe die nötigen Gesetzesänderungen über 18 Monate verschleppt und eine Diskussion verweigert, heißt es in einem Brief der SPD-Fraktionsspitze an Glos, der dieser Zeitung vorliegt. Die SPD fordert Glos darin auf, "kurzfristig, das heißt bis zum Energiegipfel" deutlich zu machen, dass er zum Ausbau stehe.

Zwar hatte Glos Mitte Mai einen ersten Gesetzentwurf zum Ausbau der umweltfreundlichen Kraftwerke vorgelegt. Doch Glos will darin nur kleine Anlagen, nicht aber Fernwärme- oder Industrieanlagen fördern. Ist im gültigen Gesetz zudem festgelegt, das dadurch bis 2010 mindestens 20 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart werden sollen, so ist das im Entwurf nicht mehr enthalten. Im Brief der SPD heißt es dazu kritisch: "Das bisherige Ausbautempo würde bei Realisierung Ihres Vorschlages noch abgebremst".

Berliner Zeitung, 02.07.2007

Lesen Sie auch:

[Brunsbüttel wieder am Netz](#)

[Weitere Artikel aus dem Ressort »](#)

[Ähnliche Artikel im Archiv »](#)

[Leserbrief »](#)